

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Inklusive Kulturpolitik in Bremen – wo stehen wir im Jahr 2018?**

Die 2008 in Kraft getretene UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) schreibt in Artikel 30 Absatz 2 fest, dass alle Vertragsstaaten – somit auch Deutschland – geeignete Maßnahmen zu treffen haben, Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, „ihr kreatives, künstlerisches und intellektuelles Potenzial zu entfalten und zu nutzen, nicht nur für sich selbst, sondern auch zur Bereicherung der Gesellschaft“.

Aus der juristischen Perspektive betrachtet, muss Kulturpolitik also inklusiv ausgerichtet sein. Doch auch gesellschafts- und kulturpolitisch sollte die chancengerechte Teilhabe am kulturellen Leben von Menschen mit Behinderung selbstverständlich sein. Dabei geht es sowohl um eine barrierefreie Kultur- und Kunstrezeption, als auch um die aktive Teilhabe von Künstlerinnen und Künstlern mit Behinderung sowie um Positionen und Funktionen „hinter den Kulissen“ in Kultureinrichtungen. In Kultureinrichtungen tätige Menschen mit Behinderungen sind wichtige Impulsgeber für unsere Gesellschaft. Sie können neue Darbietungs- und Ausdrucksformen hervorbringen und andere Perspektiven einnehmen. Zudem ist die in Museen, Ausstellungen oder auf Bühnen dargebotene Kunst ein Spiegel der demokratischen Verfasstheit unserer Gesellschaft. Nur wenn alle Menschen eine Chance auf Partizipation haben, kann die gesellschaftliche Vielfalt sichtbar werden. Daher möchten wir für Menschen mit Behinderung den Zugang zum öffentlichen Kulturleben und zu Darstellungsmöglichkeiten als Künstlerin oder Künstler sicherstellen.

Wir fragen den Senat:

1. Welche konkreten Handlungsempfehlung oder Konzepte hat der Senat für das Bundesland Bremen auf Basis der UN-BRK aus dem Jahr 2008 speziell für den Kulturbereich ausgearbeitet?
2. Wie schätzt der Senat den Zugang zu den bremischen Kultureinrichtungen für Menschen mit Behinderung ein? Wo genau befinden sich unüberwindbare Barrieren (zum Beispiel fehlende Rampen, zu hoch gehängte Exponate, zu kleine oder zu hoch angebrachte Beschilderungstafeln et cetera)?
3. Welche Maßnahmen wurden bisher ergriffen, um solche Barrieren abzubauen? Welche weiteren Maßnahmen sind geplant?
4. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um Menschen mit geistiger Behinderung eine Teilhabe am kulturellen Leben und den Zugang zu den bremischen Kultureinrichtungen zu ermöglichen?
5. Welche Ensembles in Bremen und Bremerhaven sind inklusiv, und wie werden diese von der Stadt gefördert oder unterstützt?
6. Inwieweit sind künstlerische Studiengänge öffentlicher Hochschulen inklusiv konzipiert? Gibt es für Menschen mit geistiger Behinderung entsprechende Zugänge zu den künstlerischen Studiengängen der öffentlichen Hochschulen? Wenn ja, welche?

7. Welche Maßnahmen haben die einzelnen Kultureinrichtungen bereits durchgeführt, um die Startbedingungen und Unterstützungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie selbstständige Künstlerinnen und Künstler mit Behinderung zu verbessern?
8. Welche Programme hat der Senat bereits aufgelegt, um die Startbedingungen und Unterstützungsangebote für selbstständige Künstlerinnen und Künstler mit Behinderung zu verbessern?
9. Welche Programme plant der Senat, um die Startbedingungen und Unterstützungsangebote für selbstständige Künstlerinnen und Künstler mit Behinderung zu verbessern?
10. Inwieweit wird sichergestellt, dass Stellenausschreibungen im öffentlichen Kulturbetrieb Menschen mit Behinderung nicht ausschließen?
11. Inwiefern werden insbesondere Kinder und Jugendliche mit Behinderung sowie deren Eltern unterstützt bei der Heranführung an der Teilhabe am Kulturbetrieb und den Angeboten der kulturellen Bildung?
12. Welche Maßnahmen hält der Senat für erforderlich, um in Bürgerhäusern und Begegnungsstätten generationsübergreifend die Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderung weiterzuentwickeln?

Nima Pirooznia, Sahhanim Görgü-Philipp, Sülmez Dogan,
Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Elombo Bolayela, Ingelore Rosenkötter, Björn Tschöpe
und Fraktion der SPD